**Konrad Arndt**

**26. 6. 1899 – 13. 11. 1940**

**Metallarbeiter, Gewerkschaftsfunktionär, SPD-Stadtverordneter, lokaler Anführer der Republikschutzorganisationen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und Eiserne Front sowie Aktivist mehrerer antinazistischer Widerstandszellen**

Unablässig hatte der Wiesbadener Arbeitersekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im ganzen Rhein-Main-Gebiet vor der heraufziehenden faschistischen Gefahr gewarnt. Deshalb war er am Ende der Weimarer Republik ständig verbalen Anfeindungen, verschiedentlich sogar körperlichen Attacken ausgesetzt. Nachdem er ein von SA-Leuten am 24. März 1933 verübtes Messerattentat mit knapper Not überlebt hatte, wurde er von den „Nationalsozialisten“ zwei Monate später aus seinem gewerkschaftlichen Beschäftigungsverhältnis fristlos entlassen. Trotz fortwährender polizeilicher Überwachung, wiederholten Haussuchungen und mehrmaliger tage- bzw. wochenlanger Inhaftierung blieb Arndt in konspirativem Kontakt mit einigen Gesinnungsfreunden in Wiesbaden und in Frankfurt am Main. Von 1935 bis 1938 wurde er in den Konzentrationslagern Esterwegen und Sachsenhausen drangsaliert. Seine Freilassung erfolgte mit der Maßgabe, wegen seines großen Bekanntheitsgrades als Regimegegner hierorts seinen Wohnsitz doch in die Mainmetropole, die Heimatstadt seiner Frau Betty, zu verlegen. Bei Kriegsausbruch rückte er als Gefreiter beim Frankfurter Heimat-Kraftfahr-Park der Wehrmacht ein. Für die dort bestehende Widerstandszelle realisierte er sodann die Verbindung zur Résistance in Belgien. Auf der Rückfahrt einer Dienstreise nach Brüssel, die wohl zugleich einen konspirativen Hintergrund hatte, ist Arndt unter ungeklärten Umständen ums Leben gekommen.

[AU]

**BITTE UNBEDINGT BEACHTEN: DIE PORTRÄTAUFNAHME (ABB. 1, OHNE BILDUNTERZEILE) ALS EINZIGE ILLUSTRATION DER KURZBIOGRAPHIE ARNDTS BRINGEN!**

***Zitate***

Der Konrad, der war der Mutigste von uns allen. (Georg Buch)

In dem schweren Kampf der Arbeiterschaft gegen die Reaktion, den wir gegenwärtig zu führen haben, ist die Arbeiterschaft in sich zerrissen und uneinig. Diese bedauerliche Tatsache erfüllt jeden denkenden Arbeiter mit größter Sorge. Der sehnlichste Wunsch aller Kameraden, einschließlich der Führer der Eisernen Front, geht dahin, dem Faschismus eine geschlossene Front der gesamten Arbeiterschaft entgegenzustellen. (…) Der gemeinsame Kampf der Arbeiterschaft gegen den Faschismus setzt aber vor allem voraus, dass die gehässigen Angriffe, die jetzt wieder von den KPD-Führern gegen die Führer der SPD und Eisernen Front erfolgen, unterbleiben. (aus dem Offenen Brief Arndts von der Kampfleitung der Eisernen Front an die KPD-Arbeiter vom 18. Februar 1933)

Sie haben ferner in ihrem Lebenslauf zum Ausdruck gebracht, dass Sie es als charakterlos bezeichnen würden, wenn Sie Ihre bisherige Gesinnung und Ihre politische Einstellung aufgeben sollten. Daraus geht klar und eindeutig hervor, dass wir mit Ihrer Mitarbeit an dem Aufbauprogramm der nationalen Regierung nicht zu rechnen haben, da Sie mit Ihrer Aussage das unterstützen, was die SPD und ihre Gewerkschaften in den letzten 14 Jahren gemacht haben. (aus dem Entlassungsschreiben der „Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation“ an Arndt vom 23. Mai 1933)

Die Nazis haben meinen Mann aufgrund seiner gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit und Überzeugung verhaftet, ein Gerichtsurteil ist nie ergangen. (Betty Arndt)

In regelmäßigen Abständen kamen die alten Genossen Heuer und Hofmann zu uns. Wie mir meine Mutter später berichtete, brachten sie uns Geld, das bei den politischen Freunden zur Unterstützung der KZ-Häftlinge und ihrer Familien gesammelt worden war. (Rudi Arndt, Frankfurter Oberbürgermeister a. D.)

So gab es viele Leute in Wiesbaden, die ihren Teil dazu beitragen wollten, damit es der Familie eines KZ-Häftlings nicht so schlecht ging. Viele dieser Leute hatten eigentlich mit Politik nichts Großes im Sinn, sondern sie wollten einfach nur für Antifaschisten Solidarität zeigen, weil sie gleichfalls mit dem faschistischen Regime nicht einverstanden waren. (Betty Arndt)

**Konrad Arndt**

1926 war der im pommerschen Stolp geborene und in Elmshorn aufgewachsene Bautzener Funktionär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nach Wiesbaden gekommen, um fortan als Arbeitersekretär beim hiesigen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zu wirken.

In den nächsten Jahren stand Arndt stets in vorderster Front bei den Bemühungen, der bald immer bedrohlicher werdenden NS-Bewegung Paroli zu bieten. Auch der Stadt- und Bezirksrabbiner Dr. Paul Lazarus wurde von ihm zur Aufklärung über deren besorgniserregende Judenfeindschaft gewonnen. 1929 rückte Arndt für die SPD in die Stadtverordnetenversammlung ein. Ferner führte er hierorts die beiden Republikschutzorganisationen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und Eiserne Front an, denen reichsweit mehrere Millionen Mitglieder angehörten. Seine Frau Betty betätigte sich derweil ehrenamtlich für beider Partei wie für die Arbeiterwohlfahrt.

Arndts Agitationsreden „gegen Faschismus und Diktatur, für Demokratie und Sozialismus“ zogen Zuhörer in vielen südhessischen Städten in ihren Bann. Fruchtlos blieb indessen sein Versuch, die Wiesbadener Kommunisten noch im Februar 1933 zur Unterlassung ihrer unablässigen Angriffe auf die Führungsspitzen der Sozialdemokratie zu bewegen. Dies sei nämlich die Voraussetzung dafür, wie er in einem „Offenen Brief an die KPD-Arbeiter“ betonte, endlich „dem Faschismus eine geschlossene Front der gesamten Arbeiterschaft“ entgegenstellen zu können.

Nachdem er zuvor bereits mehrmalig von NS-Aktivisten misshandelt worden war, verübten am 24. März jenes Jahres drei SA-Leute ein Messerattentat auf ihn, bei dem er lebensgefährlich verletzt wurde. Eine Zeit lang musste er deshalb in einer Klinik behandelt werden.

Sofort nach der Zerschlagung der freien Gewerkschaftsbewegung durch die „Nationalsozialisten“ am 2. Mai 1933 wurde er wiederum für kurze Zeit inhaftiert. Wenig später entließ man ihn fristlos aus seinem Arbeitsverhältnis. Dem vorherigen Versuch, ihn zur Mitarbeit in der lokalen Leitung der neu geschaffenen faschistischen Zwangsorganisation „Deutsche Arbeitsfront“ zu bewegen, hatte er sich standhaft widersetzt.

Nachdem ihm zunächst untersagt worden war, erneut eine geregelte Arbeit aufzunehmen, gelang es ihm dann doch, zumindest einen kleinen mobilen Lebensmittelhandel aufzuziehen, bei dem ihm seine Frau und die beiden Söhne Günter und Rudi zur Hand gingen. Bald darauf konnte Arndt jene Einkünfte durch die allerdings ebenfalls nur kärglichen Provisionen aus einer Tätigkeit als Versicherungsvertreter aufstocken. Darüber hinaus erhielt die Familie regelmäßig Zuwendungen durch die niemals enttarnte illegale Geldsammelstelle der Wiesbadener SPD, die sich im Tabakwarenladen von Max Meinhold in der Bleichstraße 26 befand.

Trotz ständiger Observation, Haussuchungen und weiteren, manchmal auch wochenlangen Inhaftierungen blieb er konspirativ in Verbindung mit einigen Gesinnungsgenossen hierorts, aber auch in Frankfurt am Main. Hierzu gehörten z. B. der vormalige Wormser SPD-Stadtrat und spätere Präsident des Hessischen Landtages Franz Fuchs sowie Johannes Rebholz, bis 1933 Vorsitzender der Frankfurter SPD und nach dem Krieg Oberbürgermeister von Offenbach.

Im Sommer 1935 wurde Arndt abermals festgenommen und Anfang Oktober ins KZ Esterwegen verschleppt. Im Jahr darauf musste er an der Errichtung des KZ Sachsenhausen mitwirken. Auch dort ist er, wie u. a. sein Wiesbadener KZ-Kamerad Paul Krüger bezeugt hat, wiederholt fürchterlich misshandelt worden.

Erst im Herbst 1938 erfolgte seine Haftentlassung. Hierbei war ihm zur Auflage gemacht worden, seinen Wohnsitz nach Frankfurt zu verlegen, da er in Wiesbaden als Regimegegner zu bekannt sei. In der Heimatstadt seiner Frau Betty hatte er sich wie vordem regelmäßig bei der Gestapo zu melden. Ab 1939 arbeitete er in Frankfurt wieder für dieselbe Versicherungsgesellschaft wie zuvor. Dort bestand seit geraumer Zeit eine Widerstandsgruppe um den späteren Bundesfinanzminister Alex Möller. Aber schon nach wenigen Monaten wurde Arndt diese Akquisitionstätigkeit von der Gestapo untersagt.

Um dem ungeheuren Überwachungsdruck zu entgehen, ließ er sich im Herbst jenes Jahres als Gefreiter zum Frankfurter Heimat-Kraftfahr-Park der Wehrmacht einberufen. Hier war von der Widerstandsgruppe um Alex Möller inzwischen eine weitere Anti-Nazi-Zelle gebildet worden. Auf der Rückfahrt einer Dienstreise nach Brüssel, bei der er für jene Widerstandsstruktur höchstwahrscheinlich zugleich ein weiteres Mal die Verbindung zu belgischen Oppositionskreisen wahrnehmen sollte, verunglückte Arndt am 13. November 1940 in der Nähe von Köln unter bis heute ungeklärten Umständen tödlich.

In Wiesbaden sind das Alte Gewerkschaftshaus in der Wellritzstraße 49, eine Straße im Stadtteil Klarenthal sowie eine Altenwohnanlage und ein Altenhilfezentrum der Arbeiterwohlfahrt im Stadtteil Bierstadt nach Konrad Arndt benannt. Vor dem früheren Domizil der Familie Arndt in der Oestricher Straße 6 erinnert ein „Stolperstein“ an den couragierten Nazi-Gegner.

Dr. Axel Ulrich

**Literatur**

Betty Arndt: Überfall auf einen Wiesbadener Gewerkschaftssekretär, in: Axel Ulrich (Bearb.): Hessische Gewerkschafter im Widerstand 1933–1945. Hrsg.: DGB-Bildungswerk Hessen und Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933–1945. Gießen 1983, S. 30–32.

Axel Ulrich: Konrad Arndt. Ein Wiesbadener Gewerkschafter und Sozialdemokrat im Kampf gegen den Faschismus. Mit einem Beitrag von Hajo Rübsam zur Geschichte des Alten Gewerkschaftshauses in Wiesbaden. Hrsg.: IG Metall Verwaltungsstelle Wiesbaden-Limburg und Verein Volkshaus J. P. Wiesbaden 2001 (als PDF-Datei abrufbar auf der Homepage des DGB Hessen-Thüringen, Region Frankfurt-Rhein-Main / Wiesbaden-Rheingau-Taunus – DGB Wiesbaden: Es gilt die Geschichte wach zu halten).

Sabine Hock: Im Schatten des Hakenkreuzes. Eine Jugend in der Weimarer Republik und unter Hitler (1927–1945), in: S. Hock, Hans Sarkowicz (Bearb.): Rudi Arndt. Politik mit Dynamit. Eine politische Biografie von Roselinde Arndt, Armin Clauss, Heinrich Halbig, S. Hock, Rolf Messerschmidt, Günter Mick, Petra Roth, H. Sarkowicz, Wilhelm von Sternburg, Klaus Wettig. Hanau 2011, S. 12–50, siehe darin viele Hinweise auf Rudi Arndts Vater Konrad Arndt.

**Herkunft der Bildquellen**

Abb. 1: Stadtarchiv Wiesbaden, NL 75, Nr. 854

Abb. 2: Stadtarchiv Wiesbaden, ZgS 1080

Abb. 3: TU Darmstadt, Universitäts- und Landesbibliothek

Abb. 4: Stadtarchiv Wiesbaden, NL 75, Nr. 1364

Abb. 5 u. 6: Familie Arndt, Frankfurt/M.

Abb. 7: Stadtarchiv Wiesbaden, NL 75, Nr. 853

**XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX**

DIE **BILDUNTERZEILEN** BITTE NICHT HIER BRINGEN, SONDERN JEWEILS DEN ABBILDUNGEN ZUORDNEN – DIE HINWEISE IN KLAMMERN DIENEN NUR DER BESSEREN ORIENTIERUNG UND MÜSSEN SCHLIEßLICH ENTFERNT WERDEN

Abb. 1 [BITTE HIER **OHNE DOPPELPUNKT** UND PORTRÄTAUFNAHME **OHNE BILDUNTERZEILE!!!!!!!!!!]**

Abb. 2: Einladung zu einer Vortragsveranstaltung mit Dr. Paul Lazarus, 1930 [ZUM EINLADUNGSZETTEL DES WIESBADENER REICHSBANNERS]

Abb. 3: „Hessischer Volksfreund“, 8. Februar 1933 [ZU: EISERNE FRONT FÜHRT IM KAMPF]

Abb. 4: „Volksstimme“, 18. Februar 1933 [ZUM OFFENEN BRIEF AN DIE KPD-ARBEITER]

Abb. 5: Konrad Arndt mit Ehefrau Betty und den Söhnen Günter und Rudi (r.) während eines Ausflugs zum Chausseehaus, 1933 [ZUM FAMILIENFOTO: BETTY ARNDT MIT HUT]

Abb. 6: Die Familie nach der Haftentlassung Arndts, 1939 [FAMILIENBILD MIT DEM JETZT DEUTLICH ABGEMAGERTEN KONRAD ARNDT]

Abb. 7 [BITTE AUCH HIER **OHNE DOPPELPUNKT** UND BROSCHÜRENCOVER **OHNE BILDUNTERZEILE!!!**]

**Ludwig Beck**

**29. 6. 1880 – 20. 7. 1944**

**Chef des Generalstabes des Heeres, Generaloberst a. D., Haupt der militärisch-bürgerlichen Opposition, designiertes Staatsoberhaupt der Verschwörer des „20. Juli“**

Die Machtübertragung an Hitler und den daraus resultierenden „politischen Umschwung“ hatte der Sohn eines Biebricher Fabrikanten als „ersten großen Lichtblick seit 1918“ empfunden. Strikter Befürworter einer umgehenden und massiven Wiederaufrüstung, war er im Herbst 1933 zum Chef des Truppenamtes im Reichswehrministerium ernannt worden, wie der Generalstab des Heeres aus Tarnungsgründen damals noch hieß. In den nächsten Jahren hatte sich Beck als einer der wichtigsten Begründer der Wehrmacht des „Dritten Reiches“ profiliert. Als Hitler den Waffengang gegen die Tschechoslowakei vorbereiten ließ, den Beck zwar nicht für grundsätzlich falsch, aber für verfrüht erachtete, war von ihm 1938 der kollektive Rücktritt der höchsten Generäle sowie die Ausschaltung der von ihm vor allem in SS und Gestapo ausgemachten Hintermänner der höchst riskanten Kriegspolitik des Diktators geplant worden. Jener Konflikt endete mit seinem Gesuch um Demission. Die Kirchenfeindlichkeit des Regimes, die als zutiefst beschämend empfundene Judenverfolgung und das Wissen um die brutale Kriegsführung im Osten seit 1939 bestärkten ihn in seiner sich ständig steigernden Regimekritik. In Berlin trat er alsbald zusammen mit dem 1937 aus Protest gegen eine antijüdische Maßnahme des Regimes vom Amt des Leipziger Oberbürgermeisters zurückgetretenen Dr. Carl Goerdeler an die Spitze der militärischen wie auch der zivilen Opposition nationalkonservativer und rechtsliberaler Prägung. Doch auch mit den Protagonisten des sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Widerstandes, vor allem mit dem früheren hessischen Innenminister und Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner kooperierte Beck bald nach Beginn des Zweiten Weltkrieges und seitdem. Als Zentralfigur der antinazistischen Verschwörung hätte der Generaloberst a. D. bei Gelingen des an das Hitler-Attentat von Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg gekoppelten Umsturzversuchs vom 20. Juli 1944 das Amt des Staatsoberhaupts im Rahmen der neuen deutschen Regierung übernehmen sollen. Später hätte man ihn wegen seiner schweren Erkrankung höchstwahrscheinlich abgelöst durch den eigentlich als Vizekanzler vorgesehenen Leuschner. Als Reichskanzler war zunächst Carl Goerdeler ausersehen. Nach der Niederschlagung der Erhebung im Oberkommando des Heeres, der Berliner Kommandozentrale der Verschwörer, wurde Beck dort die Gelegenheit zur Selbsttötung gewährt, nach deren zweimaligem Scheitern der Schwerverwundete erschossen worden ist.

[RF]

**BITTE UNBEDINGT BEACHTEN: DIE PORTRÄTAUFNAHME (ABB. 1, OHNE BILDUNTERZEILE) ALS EINZIGE ILLUSTRATION DER KURZBIOGRAPHIE BECKS BRINGEN!**

***Zitate***

Die Geschichte wird diese Führer mit einer Blutschuld belasten, wenn sie nicht nach ihrem fachlichen und staatspolitischen Wissen und Gewissen handeln. (…) Finden ihre Ratschläge und Warnungen in solcher Lage kein Gehör, dann haben sie das Recht und die Pflicht vor dem Volk und vor der Geschichte, von ihren Ämtern abzutreten. Wenn sie alle in einem geschlossenen Willen handeln, ist die Durchführung einer kriegerischen Handlung unmöglich. (…) Außergewöhnliche Zeiten verlangen außergewöhnliche Handlungen! (aus einer Notiz Becks vom 16. Juli 1938, gedacht für einen Vortrag vor der obersten militärischen Führung in Anbetracht des von Hitler geplanten Überfalls auf die Tschechoslowakei)

Sehr kluger Mensch mit Charakter und Verantwortungsgefühl, von tiefer Bildung. (Hauptmann Hermann Kaiser über Ludwig Beck, 1941)

So verschieden die Hintergründe und die einzelnen Kreise der deutschen Widerstandsbewegung waren, in der Anerkennung seiner Person als dem Kopf der Widerstandsbewegung ist niemals ein Zweifel laut geworden. (Dr. Fabian von Schlabrendorff)

Höchstziel ist, alle Deutschen in einem Staat zusammenzufassen, der ihnen Freiheit im Innern, Sicherheit nach außen und die Möglichkeit der Erarbeitung höchstmöglichen materiellen Wohlstands und seelischen Glücks verbürgt. (…) Die Politik, die das Glück und das Wohl der Völker zum Ziel sich setzt, muss auf die christlichen Grundsätze der Wahrhaftigkeit, der Menschlichkeit und der Hilfsbereitschaft aufgebaut sein, letztlich auf den Grundsatz, dass man einem andern nicht antun darf, was man nicht selbst erdulden will. (…) Nach außen müssen wir für den Zusammenschluss der selbständigen europäischen Nationalstaaten und für die Zusammenarbeit aller Völker der Welt, die den Frieden wollen, wirken. (Auszüge aus der von Dr. Carl Goerdeler unter Mitwirkung u. a. von Ludwig Beck erarbeiteten Denkschrift „Der Weg“, 1944)

Wir müssen handeln, weil (…) in eurem Rücken Verbrechen begangen wurden, die den Ehrenschild des deutschen Volkes beflecken und seinen in der Welt erworbenen guten Ruf besudeln. (aus einem Aufruf an die Wehrmacht von Ludwig Beck und Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben, 1944)

Erste Aufgabe ist die Wiederherstellung der vollkommenen Majestät des Rechts. Die Regierung selbst muss darauf bedacht sein, jede Willkür zu vermeiden, sie muss sich daher einer geordneten Kontrolle durch das Volk unterstellen. Während des Krieges kann diese Kontrolle nur vorläufig geordnet werden. Einstweilen werden lautere und sachkundige Männer aus allen Ständen und Gauen in einen Reichsrat berufen werden. (…) Die Konzentrationslager werden sobald wie möglich aufgelöst, die Unschuldigen entlassen, Schuldige dem ordentlichen gerichtlichen Verfahren zugeführt werden. (…) Zur Sicherung des Rechts und des Anstandes gehört die anständige Behandlung aller Menschen. Die Judenverfolgung, die sich in den unmenschlichsten und unbarmherzigsten, tief beschämenden und gar nicht wieder gutzumachenden Formen vollzogen hat, ist sofort eingestellt. (…) Wir empfinden es als eine tiefe Entehrung des deutschen Namens, dass in den besetzten Gebieten hinter dem Rücken der kämpfenden Truppe und ihren Schutz missbrauchend Verbrechen aller Art begangen worden sind. Die Ehre unserer Gefallenen ist damit besudelt. Auch hier werden wir für Sühne sorgen. (…) Die zerbrochene Freiheit des Geistes, des Gewissens, des Glaubens und der Meinung wird (…) wieder hergestellt. (…) Die Presse soll wieder frei sein. (…) Der Jugend und ihrer Erziehung gilt eine unserer Hauptsorgen. (…) Die Bildung muss wieder eine allgemeine, Herz und Verstand erfassende sein. Sie muss im Volke wurzeln, und keine Kluft darf zwischen Gebildeten und Ungebildeten liegen. Die Erziehung muss wieder bewusst auf die christlich-religiöse Grundlage gestellt werden, ohne dass die christlichen Gesetze der äußersten Duldsamkeit gegenüber Andersgläubigen verletzt werden sollen. (…) Eine endgültige Verfassung kann erst nach Beendigung des Krieges mit Zustimmung des Volkes festgesetzt werden. (…) Es ist das Ziel unserer Wirtschaftsordnung, dass jedem Arbeiter, Angestellten und Unternehmer der Anteil an unseren Wirtschaftsgütern zuteil wird. (…) Der Missbrauch des Eigentums wird ebenso bekämpft werden wie die ungesunde, die Unselbständigkeit der Menschen vermehrende Zusammenballung des Kapitals. (…) Wir wissen, dass wir nicht allein Herren über Krieg und Frieden sind; wir sind dabei auf die anderen Völker angewiesen. Wir müssen durchstehen, aber wir wollen nun endlich die Stimme des wahren Deutschlands erheben. (…) Gehen wir wieder den Weg des Rechts, des Anstandes und der gegenseitigen Achtung! (…) Dann allein können wir die Grundlage für eine gesicherte Zukunft auch unseres Volkes in einer wieder von Vertrauen, von gesunder Arbeit und friedlichen Gefühlen erfüllten Völkerfamilie schaffen. (Auszüge aus einer für den Fall eines geglückten Attentats auf Hitler zur Verbreitung durch den Rundfunk vorgesehenen Regierungserklärung von Beck und Dr. Goerdeler, 1944)

Es war Unsinn, von einer reaktionär-militaristischen Clique zu sprechen, die das Attentat verübt habe. Viele Namen aus alten Familien stehen neben denen von Sozialdemokraten auf der jetzt bekannt gewordenen Liste von Hingerichteten, die wahrscheinlich nur einen kleinen Teil der wirklich Getöteten nennt. Wie wenig reaktionär Beck selbst gesonnen war, weiß ich aus meinen mit ihm geführten Gesprächen. (Prof. Dr. Friedrich Meinecke, 1946)

**Ludwig Beck**

Der Sohn des auch kommunalpolitisch engagierten Eigentümers der Biebricher Eisen- und Stahlgießerei Rheinhütte Prof. Dr. Ludwig Beck schlug nach seinem Abitur am Humanistischen Gymnasium in Wiesbaden, der heutigen Diltheyschule, die Offizierslaufbahn ein. Den Ausgang des Ersten Weltkrieges, in dem er als Generalstabsoffizier an der Westfront eingesetzt gewesen war, und die Novemberrevolution des Jahres 1918 hatte Beck als nationale Schmach empfunden. Erst noch Anhänger der damals durchaus nicht nur in bürgerlichen Kreisen weit verbreiteten „Dolchstoßlegende“, nach welcher der Sieg des deutschen Heeres angeblich durch die Antikriegsagitation der Sozialdemokratie und das sonstige Vorgehen der Revolutionäre verhindert worden sei, revidierte er dieses Fehlurteil schließlich.

Der trotzdem weiterhin überzeugte Monarchist diente während der von ihm somit gewiss nicht geschätzten Weimarer Republik in verschiedenen Truppen- und Stabsstellen und war dabei massiv an der geheimen Aufrüstung beteiligt. Zum Generalleutnant aufgestiegen, wurde er im Herbst 1933 zum Chef des Truppenamtes im Reichswehrministerium ernannt, so bis 1935 die Tarnbezeichnung des Generalstabes des Heeres. Hitlers „Drittem Reich“ gegenüber anfänglich noch positiv positioniert, sorgte Beck zielstrebig für dessen weitere Aufrüstung. Früh verlangte er die Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht und die Remilitarisierung des Rheinlandes, was beides von Hitler dann 1935/36 unter Bruch der Verträge von Versailles und Locarno in die Tat umgesetzt wurde. Während Beck den Aufstieg Deutschlands zur zentraleuropäischen Hegemonialmacht ermöglichen wollte, waren dies für Hitler unabdingbare Voraussetzungen zur Vorbereitung des von ihm angestrebten großen Expansionskrieges.

Von Beck, inzwischen zum General der Artillerie befördert, sind begrenzte, rasch durchgeführte Kriege in Mitteleuropa zur Durchsetzung deutscher Interessen nie ausgeschlossen worden. Gleichwohl hatte ihn Hitlers Ankündigung vor den höchsten militärischen Befehlshabern sowie dem Reichsaußenminister vom 5. November 1937 immens bestürzt, demnächst, d. h. bei noch nicht vollständig erfolgter Wiederaufrüstung zunächst die Tschechoslowakei und Österreich zu annektieren, um später die Behebung der vorgeblichen deutschen „Raumnot“ insgesamt ebenfalls auf dem „Weg der Gewalt“ herbeizuführen. Obwohl ihn die Totalitätsansprüche und die extreme Amoralität Hitlers und seiner Gefolgschaft bereits seit geraumer Zeit abgestoßen hatten, führte erst der höchst riskante Kriegskurs des Diktators bei Beck zu jenem, von mehreren Denkschriften markierten Distanzierungsprozess, der ihn – freilich vergebens – den kollektiven Rücktritt der Generalität zwecks Bewahrung des Friedens fordern ließ. Jener Konflikt endete schließlich mit dem Entlassungsgesuch des Generalstabschefs im Sommer 1938.

Zumindest informell stand der bei seinem Ausscheiden zum Generalobersten beförderte Beck mit jenen militärischen und zivilen Regimegegnern in Verbindung, die bereits im September 1938 einen ersten konkreten Staatsstreichplan entwickelt hatten. Dieser war dann aber wegen der durch das Münchner Abkommen zwischen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien ermöglichten kampflosen Besetzung des Sudetenlandes hinfällig geworden. In jedem Fall war der wegen der Kirchenfeindlichkeit des Regimes, der Pogrome im November jenes Jahres und mehr noch ob des ab September 1939 erfolgenden Völkermordes an den Juden, aber auch wegen der kaum minder abscheulichen Kriegsführung in Polen maßlos empörte Beck in die diversen künftigen Umsturzplanungen federführend einbezogen. Ähnlich gilt dies für seinen schon 1937 aus Protest gegen eine antijüdische Maßnahme des Regimes vom Amt des Leipziger Oberbürgermeisters zurückgetretenen langjährigen konspirativen Kooperationspartner, den einstmals deutschnationalen Monarchisten Dr. Carl Goerdeler. Beide waren nicht nur Hauptakteure, sondern vielmehr unangefochtene Anführer der diesbezüglichen zivil-militärischen Opposition bürgerlicher Prägung.

Daneben unterhielt Beck spätestens seit 1939 klandestine Beziehungen auch mit Vertretern der demokratischen Linken, insbesondere mit dem früheren hessischen Innenminister und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner. Schon bei ihrem ersten Treffen im Herbst jenes Jahres wurde ihr von großem wechselseitigen Respekt getragenes Vertrauensverhältnis begründet. Dieses sollte die stabile Basis für die umsturzrelevante Kooperation von Regimegegnern aus dem Militär, dem Bürgertum und aus der nichtkommunistischen Arbeiterbewegung bilden, welche für die Freiheitserhebung vom 20. Juli 1944 konstitutiv war.

Beck erstellte auch fortan noch Denkschriften außen- wie innenpolitischen Charakters, manche davon gemeinsam mit Dr. Goerdeler. Diese zielten auf Errichtung einer parlamentarischen Monarchie bzw. auf die eines ständestaatlich-autoritären Staatswesens ab, was aber von Leuschner und seinen Mitstreitern bestimmt nicht akzeptiert worden wäre, wenigstens nicht auf Dauer. Auch an der Ausarbeitung bzw. der Überarbeitung von Aufrufen an die Wehrmacht und an die Zivilbevölkerung war Beck beteiligt. Mit Nachdruck bestand er darauf, dass am politischen Charakter des geplanten Staatstreichs auch von den beteiligten Militärs nicht gerüttelt wurde. Aus demselben Grund forderte er seit Herbst 1943 die Benennung sogenannter Politischer Beauftragter und Unterbeauftragter für die einzelnen Wehrkreise. Diese sollten am Tag X umgehend herangezogen werden und „bis auf weiteres die Aufgaben des Verwaltungschefs“ übernehmen. Auch sollten sie den jeweiligen „Wehrkreisbefehlshaber in allen politischen Fragen“ beraten und überhaupt dort für die Durchsetzung der zivilen Ziele der zunächst noch auf das Militär gestützten Umsturzregierung sorgen.

An ihre Spitze wäre Ludwig Beck selbst gerückt, dem danach auch das Amt des Staatsoberhaupts des neuen, nun wieder nach rechtsstaatlichen Grundsätzen aufgebauten Staatswesens übertragen worden wäre. Dieses hätte aber erst nach dem Ende des Krieges und nach der Durchführung von freien Wahlen begründet werden können. Wegen seiner Krebserkrankung wäre Beck aber wahrscheinlich schon bald von Wilhelm Leuschner abgelöst worden. Dieser sollte zunächst als Vizekanzler fungieren, während Carl Goerdeler – aller Voraussicht nach ebenfalls nur übergangsweise – das Amt des Reichskanzlers zugedacht gewesen war. Dass durch jenen Rechts- und Verfassungsstaat eine wirkliche soziale Demokratie konstituiert werden müsse, darin waren sich keineswegs nur die in die Verschwörung involvierten, bereits seit gut einem Jahrzehnt miteinander verbündeten christlichen, liberalen und sozialdemokratischen Widerständler einig.

Nachdem der Aufstand binnen weniger Stunden in sich zusammengebrochen war, wurde Beck am späten Abend des 20. Juli 1944 in der Befehlszentrale der Verschwörung, dem Oberkommando des Heeres im Berliner Bendlerblock, gefangen genommen und – als sein Versuch, sich selbst zu töten, zweimal gescheitert war – gegen Mitternacht erschossen.

An ihn erinnern in Wiesbaden eine Gedenktafel am Wohnhaus der Eltern in Biebrich, die Ludwig-Beck-Schule auf dem Gräselberg, eine Gedenktafel in der Pausenhalle der Diltheyschule und biographische Hinweise auf deren Homepage sowie der durch die hessische Landeshauptstadt verliehene Ludwig-Beck-Preis für Zivilcourage.

Dr. Rolf Faber

**Literatur**

Klaus-Jürgen Müller: Generaloberst Ludwig Beck. Eine Biographie. Paderborn 2008.

Klaus-Jürgen Müller: Generaloberst Ludwig Beck – Zentralfigur des national-konservativen Widerstandes, in: Renate Knigge-Tesche, Axel Ulrich (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933–1945. Frankfurt/M. 1996, S. 538–547.

Peter Hoffmann: Ludwig Beck: Soldatentum und Verantwortung. Ein Widerstandskämpfer aus Hessen, in: Bernd Heidenreich, Sönke Neitzel (Hrsg.): Der militärische Widerstand gegen Hitler – der Beitrag Hessens zum 20. Juli 1944. Wiesbaden 2005 (Hessische Landeszentrale für politische Bildung: POLIS 42. Analysen – Meinungen – Debatten), S. 19–36 (als PDF-Datei abrufbar auf der Homepage der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung: Publikationen – POLIS 42).

Rolf Faber: Generaloberst Ludwig Beck – sein Weg in den Widerstand, in: Peter Joachim Riedle (Hrsg.): Wiesbaden und der 20. Juli 1944. Beiträge von Gerhard Beier, Lothar Bembenek, Rolf Faber, Peter M. Kaiser und Axel Ulrich. Hrsg.: Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden – Stadtarchiv. Wiesbaden 1996 (Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden, Bd. 5), S. 63–81.

Peter Hoffmann: Widerstand ∙ Staatsstreich ∙ Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. 4., neu überarb. u. erg. Ausg. München, Zürich 1985.

**Herkunft der Bildquellen**

Abb. 1: National Archives, Washington

Abb. 2: Stadtarchiv Wiesbaden, NL 75, Nr. 206

Abb. 3: Dr. Rolf Faber, Wiesbaden

Abb. 4: Stadtarchiv Wiesbaden, NL 75, Nr. 2765

Abb. 5 u. 6: Dr. Axel Ulrich, Wiesbaden

**XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX**

DIE **BILDUNTERZEILEN** BITTE NICHT HIER BRINGEN, SONDERN JEWEILS DEN ABBILDUNGEN ZUORDNEN – DIE HINWEISE IN KLAMMERN DIENEN NUR DER BESSEREN ORIENTIERUNG UND MÜSSEN SCHLIEßLICH ENTFERNT WERDEN

Abb. 1 [BITTE HIER **OHNE DOPPELPUNKT** UND PORTRÄTAUFNAHME BECK ALS ZIVILIST **OHNE BILDUNTERZEILE!!!!!!!!!!]**

Abb. 2: General Ludwig Beck [ZUR AUFNAHME BECK IN UNIFORM, BITTE ETWAS GRÖßER BRINGEN]

Abb. 3: In Becks Domizil in Berlin-Lichterfelde fanden viele konspirative Treffen der Widerständler des „20. Juli“ statt. [ZUM FOTO VOM HAUS]

Abb. 4: Aus dem Gedenkblock zum 20. Jahrestag des Umsturzversuchs [ZUR BRIEFMARKE]

Abb. 5: 1964 am Biebricher Elternhaus in der Rheingaustraße 138 / Ecke Am Parkfeld angebrachte Gedenktafel [ZUR GEDENKTAFEL MIT DER NR. 64]

Abb. 6: Gedenktafel in der Wiesbadener Diltheyschule [ZUR GEDENKTAFEL IM INNERN DES SCHULGEBÄUDES]

**Georg Buch**

**24. 9. 1903 – 5. 8. 1995**

**Schriftsetzer, Jugend- und zudem Propagandaleiter der Wiesbadener SPD, auch deren letzter Vorsitzender vor der Illegalität, dann Anführer einer lokalen Widerstandsgruppe zumeist jüngerer Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und der SPD, später wiederum Multifunktionär seiner Partei, Stadtverordneter, hauptamtlicher Stadtrat, Landtagsabgeordneter, Bürgermeister und Oberbürgermeister, Präsident des Hessischen Landtages**

Seit 1928 hatte sich der mehrmalige Vorsitzende bzw. Jugendleiter der SAJ als überaus rühriger SPD-Propagandachef und -Versammlungsredner den Anhängern der NSDAP entgegengestemmt und dies sogar weit über Wiesbaden hinaus. Im Mai 1933 wurde er in Wiesbaden-Alt noch zum Vorsitzenden seiner Partei gewählt, deren Organisationsstrukturen er umgehend auf die Erfordernisse der Illegalität umstellen musste. Nach einer zweiwöchigen Inhaftierung im Herbst jenes Jahres setzte er seine Widerstandsarbeit tapfer fort. Zum einen hielt er in aller Heimlichkeit die Verbindung mit vielen vordem und auch ab 1945 wieder wichtigen Mitgliedern seiner Partei in Stadt und Land aufrecht. Gleichzeitig scharte er eine anfänglich noch etwa drei Dutzend Getreue zählende Widerstandsgruppe um sich, die er konspirativ strikt abschottete. So wurde von ihm die äußerst riskante Verbreitung antinazistischen Propagandamaterials recht bald aufgegeben, nicht aber die Sammlung von Unterstützungsgeldern für verfolgte Gesinnungsfreunde. Erst Anfang 1941 wurde eine Denunziation Buchs Gruppe zum Verhängnis. Insgesamt zwölf Widerständlerinnen und Widerständler wurden daraufhin zu Haftstrafen verurteilt. Er selbst hatte als deren „maßgebender geistiger Führer“ eine Gefängnisstrafe von zweieinhalb Jahren zu verbüßen. Anschließend wurde er noch in den berüchtigten Konzentrationslagern Hinzert und Sachsenhausen drangsaliert. Nach seiner Befreiung im Frühjahr 1945 engagierte er sich auf vorbildliche Weise für den demokratischen Neubeginn in unserer Stadt wie auch in Hessen. Für die Erinnerung an Verfolgung und Widerstand während der NS-Diktatur hat er sich bis ins hohe Alter mit allem Nachdruck eingesetzt.

[AU]

**BITTE UNBEDINGT BEACHTEN: DIE PORTRÄTAUFNAHME (ABBILDUNG 1, Farbfoto – OHNE BILDUNTERZEILE) ALS EINZIGE ILLUSTRATION DER KURZBIOGRAPHIE BUCHS BRINGEN!**

***Zitate aus Interviews sowie Berichten Georg Buchs***

Wir konnten doch nicht einfach unsere Gesinnung verraten.

Verschiedentlich konnten wir in einem kleineren Kreis auch konspirative Besprechungen durchführen. Weil man aber unbedingt alles vermeiden musste, wodurch man hätte auffallen können, durften an einer solchen Beratung immer nur drei oder vier, in seltenen Fällen allerhöchstens sieben Genossen teilnehmen.

Anfangs konnte ich zu solchen Treffen immer noch illegales Schriftmaterial mitbringen, das aus Prag stammte und über Frankfurt zu uns nach Wiesbaden geleitet wurde. Dabei handelte es sich meist um die „Sozialistische Aktion“, manchmal aber auch um getarnte Broschüren im Kleinformat.

In der ersten Zeit nach unserem Verbot blieben wir SAJler aufgrund unseres Freundschaftsverhältnisses zusammen. Dann gingen wir weiterhin gemeinsam auf Wanderung. Und schließlich kam bei einigen von uns auch die konspirative Arbeit hinzu, aber davon wussten die übrigen jungen Genossinnen und Genossen nichts. Die gemeinsamen Wanderungen dienten vor allem dem Zweck, unseren Zusammenhalt über die Zeit hinweg zu bewahren.

Es gab in Wiesbaden während der illegalen Zeit gleichzeitig verschiedene sozialdemokratische Kreise, die parallel nebeneinander existierten und wirkten: Da waren die Genossen vom Reichsbanner (Schwarz-Rot-Gold) um den Schorsch Feller; in Dotzheim traf sich eine SPD-Gruppe um Albert Müller und Luise Schwarz; es gab eine Gruppe um Konrad Arndt mit eigenen Verbindungen nach Frankfurt; und es gab eben uns von der SAJ. Eine ganze Reihe dieser Genossinnen und Genossen, darunter beispielsweise auch Moritz Lang, wurden aber zum Glück nie entdeckt.

**Georg Buch**

Der gebürtige Wiesbadener, dessen Kindheit und Jugend von großer Armut geprägt waren, hatte bereits während seiner Schriftsetzerlehre zur Arbeiterbewegung gefunden. In den letzten Jahren der Weimarer Republik ist er nur noch aushilfsweise beschäftigt und schließlich arbeitslos gewesen. Als einer der Anführer der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) sowie seit 1928 als Propagandaleiter der Wiesbadener SPD gehörte er zur Schar derer, die hier mit aller Kraft die Demokratie gegen die immer mehr erstarkende NS-Bewegung zu verteidigen versucht haben. Dabei hatte er aufs Engste mit dem Gewerkschafts- und Reichsbanner-Führer Konrad Arndt von der Kampfleitung der Eisernen Front kooperiert, jener zwar überparteilichen, aber klar sozialdemokratisch dominierten Republikschutzorganisation, die im Herbst 1931 gegründet worden war.

Zwar sind damals zahllose antinazistische Kundgebungen, Demonstrationen, Flugblatt- und Plakataktionen durchgeführt worden, doch war die Machtübertragung an Hitler am 30. Januar 1933 durch all dies nicht zu verhindern. Die Überfälle von Faschisten auf Aktivisten der Arbeiterbewegung hatten sich seitdem dramatisch gemehrt. Auch Buch war mehrmals schwer misshandelt worden, während Max Kassel, ein jüdischer Molkereiproduktehändler und SPD-Kassierer, am 22. April 1933 bei einem feigen Schusswaffenattentat ermordet worden ist.

Am 23. Mai führte die SPD Wiesbaden-Alt ihre letzte Parteiversammlung durch. Vorsichtshalber kam man hierzu mitten im Wald unweit des früheren Ausflugslokals Knusperhäuschen zwischen Chausseehaus und Georgenborn zusammen. Dort wurde der kurz zuvor im Nachrückverfahren zum Stadtverordneten avancierte Georg Buch einstimmig zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Ihm oblag es jetzt, die SPD auf die bevorstehende Illegalität vorzubereiten. Hierzu gehörte z. B. die Vernichtung bzw. Beiseiteschaffung aller womöglich belastenden Unterlagen, etwa der Restbestände an Flugblättern und der SPD-Propagandafilme. Die Hauptmitgliederkartei war schon Wochen vorher im Fernheizwerk am Loreleiring verbrannt, deren Gegenkartei in einem Schrebergarten an der Waldstraße in Richtung Dotzheim vergraben worden.

Waren anfänglich noch zum Teil recht wagemutige antinazistische Propagandaaktionen durchgeführt worden, so nahm man des enormen Verhaftungsrisikos wegen hiervon bald Abstand. Im September 1933 kam Buch für zwei Wochen in der Gersdorff-Kaserne in „Schutzhaft“, wie diese Zwangsmaßnahme beschönigend genannt wurde. Bei zwei Haussuchungen sind bei ihm überdies Materialien und Bücher in großer Zahl konfisziert worden.

Auch die gleichermaßen riskanten regelmäßigen Beitragskassierungen wurden nun eingestellt. Fortan wurden nur noch sporadisch freiwillig abgeführte Spendengelder zur Finanzierung der konspirativen Arbeit und zur Unterstützung von NS-Verfolgten und ihren Angehörigen eingeworben. Hierunter befand sich auch die Frau des im Sommer 1934 verhafteten einstigen SAJ-Bezirksvorsitzenden Willy Knothe, der bis dahin u. a. auch die Wiesbadener Widerständler von Frankfurt aus mit vom SPD-Exilvorstand in der Tschechoslowakei bezogenem Anti-Nazi-Material versorgt hatte.

Buch, der sich zu jener Zeit als mobiler Kaffee- bzw. Lebensmittelhändler durchschlug, hielt einen informellen Kontakt zu einer Vielzahl hiesiger wie auswärtiger Sozialdemokraten gleichwohl weiterhin aufrecht, so z. B. zu den früheren Wiesbadener Stadträten Johannes Maaß und Philipp Holl sowie zu Gustav Geiger, dem vormaligen und auch späteren Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Geisenheim.

Davon unabhängig leitete Buch eine maximal 30 bis 40 zumeist weibliche SAJ- und SPD-Mitglieder zählende Widerstandsgruppe an, von denen freilich nur die wenigsten über den konspirativen Hintergrund ihres Agierens informiert waren. In der Hauptsache ging es ihm darum, einen Kernbestand verlässlicher Genossinnen und Genossen über die widrigen Zeitläufte hinwegzuretten, mit denen dereinst die Wiedererrichtung der Demokratie würde in Angriff genommen werden können. Die zwangsläufig immer kleiner werdende Gruppe traf sich nur im engsten Freundes- und Familienkreis, und zwar bevorzugt zu kleinen Feiern und zu genauso wenig Argwohn erregenden Wanderungen, Radtouren und Schiffspartien auf dem Rhein.

Erst Anfang 1941 wurde ihr eine Denunziation zum Verhängnis. Sie zählt damit zu jenen Widerstandsgruppen aus dem sozialdemokratischen Organisationsspektrum reichsweit, deren Wirken am längsten unerkannt geblieben ist. Zwölf SAJ- bzw. SPD-Mitglieder wurden daraufhin vom Oberlandesgericht Kassel zu Gefängnisstrafen verurteilt, darunter auch Buchs spätere Ehefrau Anna Ebert. Er selbst hatte eine Gefängnisstrafe von zweieinhalb Jahren zu verbüßen. Danach musste er noch das SS-Sonderlager Hinzert im Hunsrück sowie das KZ Sachsenhausen bei Berlin durchleiden, wo er erst im Frühjahr 1945 befreit worden ist.

Bald darauf gehörte Buch hierorts wie in Hessen zu den Wiedergründern der SPD. Ab 1945 war er Mitglied ihres Bezirksvorstandes und ihres Landesausschusses. Bis 1946 legte er sich für sie in Wiesbaden auch als Parteisekretär ins Zeug. Im selben Jahr gehörte er der Verfassungberatenden Landesverfassung Groß-Hessen an. 1946 wirkte er in seiner Heimatstadt noch dazu kurzzeitig als Stadtverordneter und seitdem als hauptamtlicher Stadtrat. Seit 1954 amtierte er als Bürgermeister und von 1960 bis 1968 als Oberbürgermeister. Zudem engagierte er sich viele Jahre lang als Mitglied des Hessischen Landtags, dessen Präsident er von 1966 bis 1974 war. Außerdem übte er viele ehrenamtliche politische und sonstige Funktionen aus: So war er z. B. von 1947 bis 1954 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins bzw. ihres Unterbezirks Wiesbaden, von 1954 bis 1962 stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Süd, 1959/60 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, anschließend bis 1966 deren stellvertretender Vorsitzender und von 1971 bis 1980 Vorsitzender des Landeskuratoriums Hessen des Kuratoriums Unteilbares Deutschland.

Ein besonderes Anliegen war dem Präsidiumsmitglied des Sachsenhausen-Komitees für die Bundesrepublik Deutschland das Wachhalten der Erinnerung an Verfolgung und Widerstand während der NS-Gewaltherrschaft. Für seinen unentwegten Einsatz für unsere Demokratie wurde er vielfach ausgezeichnet, so 1968 mit der Ehrenbürgerwürde Wiesbadens sowie mit der Wilhelm-Leuschner-Medaille des Landes Hessen und zehn Jahre später dann mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband. Wegen seiner hervorragenden Verdienste um die Landeshauptstadt Wiesbaden wurde sein Grab auf dem Nordfriedhof von dieser schließlich als Ehrengrab zuerkannt.

In Wiesbaden erinnern an ihn eine Gedenktafel am nach ihm benannten Gemeinschaftszentrum Gewerbeschule in der Wellritzstraße 38, ein Porträt von Klaus Böttger im 1. Stock des Rathauses sowie ein ebensolches nebst einer Informationstafel im Eingangsbereich der Zentrale des Arbeiter-Samariter-Bundes in der Bierstadter Straße 49. Die Wiesbadener SPD und ihre Senioren-Arbeitsgemeinschaft 60 plus verleihen seit 1992 zum Andenken an ihn einen Georg-Buch-Preis.

Dr. Axel Ulrich

**Literatur**

Georg Buch: Über den sozialistischen Widerstand [gegen das „Dritte Reich“] in Wiesbaden und Umgebung, in: Axel Ulrich (Red.): Georg Buch. 24. September 1903 – 5. August 1995. Zum 100. Geburtstag. Hrsg.: Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden, Kulturamt – Stadtarchiv. Wiesbaden 2003, S. 49–58 (auch als PDF-Datei abrufbar: Axel Ulrich Georg Buch).

Erik Emig: Georg Buch. Leben und Wirken eines Sozialdemokraten. Bonn 1983.

**Herkunft der Bildquellen**

Abb. 1: Stadtarchiv Wiesbaden, NL 75, Nr. 1557

Abb. 2: Stadtarchiv Wiesbaden, NL 35, Nr. 403

Abb. 3: Axel Ulrich (Bearb.): Dokumente aus der Geschichte der Wiesbadener SAJ. Hrsg.: Union-Druckerei und Verlagsanstalt. Frankfurt/M. o. J. (Sonderedition zum 90. Geburtstag Georg Buchs), Stadtarchiv Wiesbaden, NL 75, Nr. 35

Abb. 4: Stadtarchiv Wiesbaden, V 25, Nr. 270

Abb. 5: Stadtarchiv Wiesbaden, NL 75, Nr. 2496

Abb. 6: Dr. Axel Ulrich, Wiesbaden

Abb. 7: Stadtarchiv Wiesbaden, NL 75, Nr. 40

**XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX**

DIE **BILDUNTERZEILEN** BITTE NICHT HIER BRINGEN, SONDERN JEWEILS DEN ABBILDUNGEN ZUORDNEN – DIE HINWEISE IN KLAMMERN DIENEN NUR DER BESSEREN ORIENTIERUNG UND MÜSSEN SCHLIEßLICH ENTFERNT WERDEN

Abb. 1 [BITTE HIER **OHNE DOPPELPUNKT** UND PORTRÄTAUFNAHME **OHNE BILDUNTERZEILE!!!!!!!!]**

Abb. 2: Anti-Nazi-Flugblatt Buchs zur Reichstagswahl am 31. Juli 1932 [ZU: DREI PFEILE TREFFEN DEN NAZI-SUMPF]

Abb. 3: OHNE BILDUNTERZEILE [ZU: „DER FASCHISMUS – EIN FEIND DER ARBEITERKLASSE!“]

Abb. 4: Wanderung von Mitgliedern der Widerstandsgruppe um Georg Buch (stehend, ganz l.) zum Ausflugslokal Hubertushütte am 1. Mai 1940 [ZUM GRUPPENBILD]

Abb. 5: Passierschein für den sieben Wochen zuvor aus dem KZ befreiten NS-Gegner [ZUM PASSIERSCHEIN MIT PASSFOTO]

Abb. 6: Gedenktafel am Gemeinschaftszentrum Georg-Buch-Haus in der Wellritzstraße [ZUR TAFEL ÜBER DER HAUSNUMMER 38]

Abb. 7: Anlässlich des Todes von seiner Heimatstadt herausgegebene Broschüre mit Coverporträt von Klaus Böttger, Nachruf von Oberbürgermeister Achim Exner und einem biographischen Essay von Axel Ulrich [ZUM BROSCHÜRENCOVER]

**Dr. Fabian von Schlabrendorff**

**1. Juli 1907 – 3. September 1980**

**Jurist, Oberleutnant der Reserve, 1943 Beteiligter eines Attentatsversuchs auf Hitler, Netzwerker und Kurier der Verschwörer vom „20. Juli 1944“, später Rechtsanwalt und Notar sowie Richter am Bundesverfassungsgericht**

Bereits während seines Studiums war er in NS-Propagandaversammlungen mutig als Gegenredner aufgetreten. Anfang 1933 gelang es ihm und einigen seiner Freunde, Ernst Niekisch und andere aus einem Berliner SA-Keller zu befreien. Im Herbst 1933 begann er, in Pommern und in Rheinhessen konservative und liberale NS-Gegner in Zellen zusammenzufassen. Seit 1938 gehörte er in der Reichshauptstadt dem Widerstandskreis um den damaligen Oberstleutnant Hans Oster an. 1939 reiste von Schlabrendorff nach Großbritannien, um dort über den unmittelbar bevorstehenden Krieg, aber auch über die Existenz deutscher Widerstandskräfte zu informieren. Während des Zweiten Weltkrieges stand er in konspirativem Kontakt mit vielen Protagonisten des militärischen und zivilen Widerstandes, so z. B. mit dem früheren Leipziger Oberbürgermeister Dr. Carl Goerdeler und mit den aus Wiesbaden stammenden bzw. hier beheimateten Regimegegnern Generaloberst a. D. Ludwig Beck und Hauptmann Hermann Kaiser wie auch mit den Brüdern Dr. Otto John und Dr. Hans John. Am 13. März 1943 war der Ordonnanzoffizier beim Ersten Generalstabsoffizier der Heeresgruppe Mitte Oberst Henning von Tresckow am Attentatsversuch auf Hitler in Smolensk beteiligt. Auch fungierte er als Kurier zwischen den Oppositionellen an der Ostfront und jenen im Reichsgebiet. Einen Monat nach dem gescheiterten Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 wurde Schlabrendorff festgenommen. Am 16. März 1945 gelang es dem mehrfach schwer Gefolterten, vom „Volksgerichtshof“ freigesprochen zu werden. Dann wurde ihm jedoch eröffnet, es handele sich um ein Fehlurteil und er werde erschossen. Bis er in Südtirol von der US-Army befreit wurde, musste er noch die Inhaftierung in drei Konzentrationslagern erleiden. Nach dem Krieg setzte er sich für die Wiedererrichtung der Demokratie und die Erinnerung an den militärisch-bürgerlichen Widerstand ein. In besonderem Maße engagierte er sich für die Belange der Überlebenden des „20. Juli“ sowie für die der Hinterbliebenen und Nachfahren der Opfer jener antinazistischen Aktion.

[RF]

**BITTE UNBEDINGT BEACHTEN: DIE PORTRÄTAUFNAHME (ABB. 1, OHNE BILDUNTERZEILE) ALS EINZIGE ILLUSTRATION DER KURZBIOGRAPHIE VON SCHLABRENDORFFS BRINGEN!**

***Zitate aus Schriften und Reden Dr. Fabian von Schlabrendorffs***

Ich entschloss mich (…), die Rechtsanwaltslaufbahn zu ergreifen. Zu diesem Zweck begab ich mich im Herbst 1933 in die Provinz. Dort hörte meine politische Tätigkeit nicht auf. Aber sie verlor, infolge fehlender Verbindung nach Berlin, an Bedeutung und wurde zur Kleinarbeit im Stillen. Immerhin gelang es, in Rheinhessen und Pommern eine verlässliche antinationalsozialistische Zellenbildung ins Leben zu rufen. Viele wertvolle Menschen wurden in mühevoller, langwieriger Einzelarbeit gewonnen und der Oppositionsbewegung eingegliedert. Es ist unmöglich, alle Namen zu nennen. Als ich 1938 nach Berlin zurückkehrte, fand ich ein verändertes Bild vor. War die deutsche Opposition gegen Hitler früher ein loses Mosaikbild der vor 1933 politisch führenden Kräfte gewesen, so war jetzt zwar keine feste Organisation, aber ein Zusammenspiel entstanden, in dem diese Kräfte sich entfalteten. Es war eine Vielfalt von Kreisen vorhanden, die sich gegenseitig überschnitten, wobei bald der eine im Mittelpunkt stand, bald der andere. Ich kannte zwar viele Personen aus diesen Kreisen, gehörte aber keinem ausschließlich an. Mein Weg sollte eine andere Richtung nehmen. Durch (meinen vormaligen Dienstvorgesetzten im Preußischen Innenministerium Herbert von) Bismarck lernte ich den späteren General Hans Oster kennen, der eine leitende Stellung im militärischen Nachrichtendienst Deutschlands bekleidete. Er war Chef des Zentralamtes im Oberkommando der Wehrmacht. Damit war ich unmittelbar bis ins Zentrum der Widerstandsbewegung vorgedrungen. (…) Oster sah seine Aufgabe darin, eine Brücke zwischen den zivilen Kreisen der Opposition und dem Militär zu schlagen. Wir lebten in einer Diktatur. Mit demokratischen Mitteln und dem Stimmzettel war nichts zu erreichen. Den zivilen Kräften waren ohne militärischen Rückhalt die Hände gebunden. Unsere Arbeit konnte nur Erfolg haben, wenn es gelang, militärische Kräfte für unsere Absichten zu gewinnen. (aus: Offiziere gegen Hitler, 1984)

Aber mit Flugblättern ließ sich eben ein Tyrann wie Hitler nicht stürzen. (aus: Begegnungen in fünf Jahrzehnten, 1979)

Zu Beginn des Jahres 1941 verstand es (der damalige Oberstleutnant Henning von) Tresckow, meine Versetzung in den Stab der Heeresgruppe Mitte an der russischen Front durchzusetzen. Er selbst war inzwischen erster Generalstabsoffizier dieser Heeresgruppe geworden und bekleidete damit einen wichtigen Posten. Durch meine neue Stellung als sein Ordonnanzoffizier war eine tägliche Zusammenarbeit möglich, die bis zum Tode Tresckows von dem einen Gedanken getragen war, kein Mittel unversucht zu lassen, um Hitler und sein System zu stürzen. (aus: Offiziere gegen Hitler, 1984)

Nach dem Mittagessen in Smolensk begab sich Hitler (am 13. März 1943) im Auto, von (Generalfeldmarschall Günther von) Kluge und (Oberst im Generalstab von) Tresckow begleitet, zum Flugplatz zurück. Etwa zur gleichen Zeit nahm ich die Sprengbombe und brachte sie in einem anderen Auto zum Flugplatz. (…) Als ich bemerkte, dass Hitler im Begriff war, sein Flugzeug zu besteigen, betätigte ich die Zündung der Bombe. (…) Kurz darauf übergab ich auf einen Wink Tresckows das Paket dem Obersten (Heinz) Brandt, dem Begleiter Hitlers, der sich bereit erklärt hatte, es mitzunehmen. (…) Nach mehr als zwei Stunden traf die für uns niederschmetternde Nachricht ein, dass Hitler auf dem Flugplatz Rastenburg in Ostpreußen gelandet sei und sein Hauptquartier erreicht habe. Es bestand kein Zweifel mehr, dass das geplante und so sorgfältig vorbereitete Attentat missglückt war. (aus: Offiziere gegen Hitler, 1984)

Obwohl Hitler den Schutz des Teufels offenbar auf seiner Seite hatte, blieb Tresckow unerschüttert. (Er) bat um einen längeren Krankenurlaub (und) erhielt diesen Urlaub, benutzte ihn aber nicht, um sich zu schonen und zu erholen, sondern um (im Sommer 1943) zusammen mit (Oberst Claus Graf Schenk von) Stauffenberg die Pläne auszuarbeiten, die notwendig waren, um einen Staatsstreich in Szene zu setzen. (…) Die Schwierigkeit bestand natürlich in der Notwendigkeit, die für den in Vorbereitung befindlichen Staatsstreich nötigen Befehle schon jetzt schriftlich niederzulegen. Frau Erika von Tresckow und Margarethe von Oven standen als Sekretärinnen zur Verfügung. Sie haben immer geschwiegen und haben nach dem Misslingen des Staatsstreiches auch gegenüber der Gestapo dichtgehalten. (…) Im Stab des Befehlshabers des Ersatzheeres beschäftigte man sich mit dem Gedanken, was geschehen müsse, um im Fall von Unruhen durch die Fülle der ausländischen Arbeiter eines Aufruhrs Herr zu werden. Unter dieser Tarnung geschah die Vorbereitung des Staatsstreichs. Um diese Maßnahmen auszulösen, genügte das Stichwort „Walküre“ an alle stellvertretenden kommandierenden Generale innerhalb des deutschen Reichsgebietes. Schon damals war klar, dass jeder Staatsstreich eine unabdingbare Voraussetzung hatte: den Tod Adolf Hitlers. Diese Tat zu vollziehen, erbot sich Graf Stauffenberg, dessen überragendes Engagement allem den Stempel aufdrückte. In seiner Stellung als Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres verfügte er auch über die Hebel, die zu bedienen waren, wenn der Staatsstreich ausgelöst werden sollte. An der Doppelaufgabe, gleichzeitig Attentäter und gleichzeitig Chef des Stabes für die Durchführung „Walküre“ zu sein, sollte der Staatsstreich scheitern. (aus: Begegnungen in fünf Jahrzehnten, 1979)

Ich selbst befand mich am 20. Juli (1944) in Russland, bei der Heeresgruppe Mitte. Im Verlauf des Nachmittags erfolgte ein Anruf des Obersten (Albrecht Ritter) Mertz von Quirnheim, dem zu entnehmen war, dass das Attentat geglückt sei. Ich wurde gebeten, baldmöglichst nach Berlin zu kommen. Bald darauf kam die erste offizielle Nachricht über den Rundfunk, es sei ein Attentat gegen Hitler unternommen worden, Hitler sei aber nur unwesentlich verletzt. Zunächst glaubten Tresckow und ich, die offizielle Meldung von dem Misslingen des Attentats beruhe auf einer Lüge. Unsere Zweifel wurden erst wach, als auf dem üblichen militärischen Dienstweg der Befehl kam, es seien keine Befehle aus Berlin entgegenzunehmen. Als Begründung wurde hinzugesetzt, es gebe in Berlin Kreise, die angesichts des Attentats im Trüben fischen wollten. Eines war klar: Der große Schlag war versucht worden. Dass er missglückt sei, erfuhren wir mit Sicherheit erst, als (bald nach) Mitternacht Hitler eine Rede über alle deutschen Rundfunksender hielt. (aus: Offiziere gegen Hitler, 1984)

Dieser Herrschaft des Nationalsozialismus entgegenzutreten war nicht nur nationale, sondern menschheitliche Pflicht. (aus seiner Ansprache am 20. Juli 1965 in Bonn)

Wir fordern für die Toten des Widerstandes den Respekt, der ihnen gebührt. Dabei dürfen wir nicht müde werden, darauf hinzuweisen, dass es eine Elite des deutschen Volkes war, die zum Widerstand gehört hat. Reich waren darum auch der Gedankenstrom und die Fülle von Projekten und Denkschriften, die Richtlinien, die geplant waren zur politischen und wirtschaftlichen Neuordnung unseres Vaterlandes. (…) Ein der christlichen Überlieferung des Abendlandes entsprechender Staat sollte wieder errichtet werden, der auf der Pflicht seiner Bürger und Glieder zur Treue, zum Opfer (und) Dienst und zur Leistung für das Gesamtwohl ebenso ruhte, wie auf der Achtung der Person und ihrer ursprünglichen Persönlichkeitsrechte. (aus seiner Gedenkrede am 20. Juli 1967 in Berlin)

**Dr. Fabian von Schlabrendorff**

Schon als Student der Rechtswissenschaft gehörte er in seiner Geburtsstadt Halle (Saale) zu den Initiatoren einer antinazistischen Gruppierung. Hier und dann in Berlin trat der Spross einer alten preußischen Adels- und Offiziersfamilie den „Nationalsozialisten“ in etlichen ihrer Propagandaversammlungen als Diskussionsredner beherzt entgegen. Auch bei seinen eigenen Vortragsveranstaltungen, die er seit 1931 vielerorts für die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) bestritt, kam es wiederholt zu turbulenten Auseinandersetzungen mit Hitler-Anhängern. Anfang 1933 war er in Berlin für kurze Zeit persönlicher Mitarbeiter des Staatssekretärs im Preußischen Ministerium des Innern, des DNVP-Reichstagsabgeordneten Herbert von Bismarck. Dieser war wie er selbst ein erbitterter Gegner der Nazis. 1939 heiratete er dessen Tochter Luitgarde.

Anfang 1933 war es ihm und einigen seiner Mitstreiter in der Reichshauptstadt gelungen, den früheren Sozialdemokraten und nunmehrigen Nationalbolschewisten Ernst Niekisch sowie mehrere andere NS-Gegner aus einem SA-Keller zu befreien. Hierdurch wurde seine Freundschaft mit dem Mitherausgeber des Ende 1934 verbotenen Periodikums „Widerstand. Zeitschrift für nationalrevolutionäre Politik“ begründet. Ebenfalls 1933 wurde von Schlabrendorff, der seinerzeit auch noch manch andere regimekritische Schrift publiziert hatte, durch Ewald von Kleist-Schmenzin dazu veranlasst, für dessen „Mitteilungsblatt der Konservativen Hauptvereinigung“ einen Aufsatz zu verfassen. In diesem wurden Hitler und die NSDAP wegen ihrer Kommunistenverfolgung, insbesondere wegen der Ausschaltung der KPD-Reichstagsabgeordneten scharf attackiert, was das sofortige Verbot des Organs nach sich zog. Auch am Periodikum „Weiße Blätter. Monatsschrift für Geschichte, Tradition und Staat“, das vom als „monarchistischer Demokrat“ geltenden Dr. Karl Ludwig Freiherr von und zu Guttenberg seit 1934 herausgegeben wurde, wirkte Schlabrendorff mit.

In Pommern und in Rheinhessen hatte er im Herbst 1933 damit begonnen, viele eher konservative und liberale Oppositionelle in – nach eigenem Bekunden – „mühevoller, langwieriger Einzelarbeit“ zu gewinnen, in „verlässlichen antinationalsozialistischen Zellen“ zusammenzufassen und in die sich nun allmählich herausbildenden Widerstandsbewegung bürgerlicher Prägung einzugliedern.

Nach Beendigung seines Referendariats und bestandenem Assessorexamen kehrte der wertkonservative Patriot 1938 nach Berlin zurück, um sich dort als Rechtsanwalt niederzulassen. Im selben Jahr vermittelte Herbert von Bismarck den Kontakt mit dem Chef des Zentralamtes der Abwehr, dem späteren Generalmajor Hans Oster. Damit rückte Schlabrendorff unmittelbar ins Zentrum der militärisch-bürgerlichen Widerstandsbewegung. Im Einvernehmen mit einigen ihrer Anführer reiste er, dezidierter Gegner des Kriegskurses Hitlers aus zutiefst christlicher Überzeugung, im August 1939 nach London, um u. a. Winston Churchill nicht nur vom beabsichtigten Überfall auf Polen und dem unmittelbar bevorstehenden Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes in Kenntnis zu setzen, sondern auch vom Vorhandensein ernstzunehmender deutscher Widerstandskräfte. Er stieß jedoch auf taube Ohren.

Kurz nach Kriegsausbruch informierte Schlabrendorff in Berlin einen britischen Botschaftsrat von Planungen, Hitler bei einem Besuch der an der Westgrenze stehenden, seinerzeit von Generaloberst Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord befehligten Armee-Abteilung A festzunehmen und zu stürzen. Dieser war als Chef der Heeresleitung bereits Anfang 1933 an ersten Umsturzplänen beteiligt gewesen. Da ihm nach wenigen Tagen jenes Kommando wieder entzogen worden war, ist auch dieser neuerliche Plan, den Diktator unschädlich zu machen, hinfällig gewesen.

Schlabrendorff wurde im Oktober 1939 zur Wehrmacht eingezogen und zunächst als Infanterieoffizier eingesetzt. Seit 1941 war der Oberleutnant Ordonnanzoffizier beim damaligen Oberstleutnant Henning von Tresckow, dem Ersten Generalstabsoffizier der Heeresgruppe Mitte, der sich schon länger mit Umsturzplänen befasste. Die beiden Cousins waren von der abscheulichen Verfolgung der Juden und dem nicht minder barbarischen Vorgehen der deutschen Besatzer gegen die Zivilbevölkerung erschüttert und beschämt. Sie kamen zu dem Entschluss, dass Hitler beseitigt werden musste. Am 13. März 1943 unternahmen sie den dann freilich fehlgeschlagenen Versuch, Hitler auf seinem Rückflug von einem Besuch beim Stab der Heeresgruppe Mitte nahe Smolensk durch einen Sprengstoffanschlag aus dem Weg zu räumen.

Seit dem Vorjahressommer stand Schlabrendorff in ständiger Verbindung mit den beiden Zentralfiguren des bürgerlich-militärischen Widerstandes, mit Generaloberst a. D. Ludwig Beck und mit Dr. Carl Goerdeler, dem früheren Oberbürgermeister von Leipzig. Auch mit etlichen anderen Protagonisten des Umsturzversuchs vom 20. Juli 1944 unterhielt er in jenen Jahren enge konspirative Beziehungen, so z. B. mit Hauptmann Hermann Kaiser sowie mit den Brüdern Dr. Otto John und Dr. Hans John, die wie Beck und Kaiser aus Wiesbaden nach Berlin gekommen waren. Eine seiner Aufgaben bestand seinerzeit darin, Verbindungen zwischen den Widerständlern an der Ostfront und denen im Heimatheer herzustellen bzw. aufrechtzuerhalten.

Seit 1941 war er mit Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg bekannt und in die Attentatspläne eingeweiht. Am 20. Juli 1944 befand sich Schlabrendorff bei der Heeresgruppe Mitte, die damals von den sowjetischen Offensivschlägen weitgehend zertrümmert war. Generalmajor von Tresckow entzog sich der drohenden Verhaftung nach dem Scheitern von Attentat und Umsturzversuch durch Selbstmord.

Schlabrendorff wurde am 17. August 1944 festgenommen. Zunächst wurde er im Gestapogefängnis des Reichssicherheitshauptamts in Berlin inhaftiert und dann ins KZ Sachsenhausen überstellt. Dass er überlebte, grenzte an ein Wunder: Trotz mehrfacher schwerer Folterungen verriet er während der Verhöre keinen seiner Gesinnungsfreunde. In seiner – fünfmal verschobenen – Verhandlung vor dem „Volksgerichtshof“ vermochte er am 16. März 1945 sogar Freispruch zu erwirken. Doch dann wurde ihm mitgeteilt, dies sei ein Fehlurteil gewesen und er werde erschossen. Zunächst wurde er in das KZ Flossenbürg, dann ins KZ Dachau verbracht und danach noch in ein KZ bei Innsbruck. In Niederdorf in Südtirol erfolgte schließlich seine Befreiung durch die US-Army.

Sein 1946 zunächst in der Schweiz erschienener Zeitzeugenbericht „Offiziere gegen Hitler“ gehörte zu den ersten und am meisten verbreiteten Darstellungen der Geschichte des antinazistischen deutschen Widerstandes überhaupt. Als Mitstifter des „Hilfswerks 20. Juli 1944“, der späteren „Stiftung 20. Juli 1944“, und auch als deren Justiziar setzte sich Schlabrendorff, der 1946 eine Rechtsanwaltskanzlei in Wiesbaden begründet hatte, unermüdlich für die Belange der überlebenden Aktivisten wie für die Hinterbliebenen der Opfer jener Widerstandsbewegung ein. Durch substanziierte Zeugenaussagen beteiligte er sich an der Strafverfolgung von NS-Tätern. Gleichzeitig nahm er Angehörige des militärischen und konservativen Widerstands gegen haltlose Anschuldigungen unverbesserlicher Rechtsextremisten in Schutz. Er selbst sah sich nicht nur einmal als „Landesverräter“ verunglimpft.

Von 1967 bis 1975 war er Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. 1967 erhielt er das Große Bundesverdienstkreuz. 1968 wurde er mit der Ehrendoktorwürde der Universität Göttingen ausgezeichnet.

In seinem Kondolenztelegramm an Luitgarde von Schlabrendorff würdigte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt den Parteilosen mit liberalkonservativer Gesinnung prägnant als „aufrechten Demokraten“, der sich „durch seinen Widerstand gegen den Nationalsozialismus und sein Eintreten für die Gerechtigkeit“ hohe Wertschätzung erworben habe.

Dr. Rolf Faber

**Literatur**

Fabian von Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler. Neue, durchges. u. erw. Ausg. von Walter Bußmann. Nach der Edition von Gero v. Gaevernitz. Berlin 1984.

Fabian von Schlabrendorff: Begegnungen in fünf Jahrzehnten. Tübingen 1979.

Mario H. Müller: Fabian von Schlabrendorff – Offizier gegen Hitler und Jurist für die Republik, in: Felix Kraft, Christoph Studt (Hrsg.): „Sie hatten alle Rang und Geist und Namen“. Mitglieder des Widerstands und ihr Wirken nach 1945. Tagungsband zur XXIX. Königswinterer Tagung. Augsburg 2018 (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e. V., Bd. 24), S. 59–84.

Peter Hoffmann: Widerstand ∙ Staatsstreich ∙ Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. 4., neu überarb. u. erg. Ausg. München, Zürich 1985.

**Herkunft der Bildquellen**

Abb. 1: Dr. Fabian von Schlabrendorff, Wiesbaden

Abb. 2 u. 3: Stadtarchiv Wiesbaden, NL 75, Nr. 206

Abb. 4: von Schlabrendorff: Begegnungen in fünf Jahrzehnten, Innentitelblatt

Abb. 5: „Wiesbadener Kurier“, 5. September 1980, S. 12

Abb. 6: Stadtarchiv Wiesbaden, NL 75, Nr. 2786

**XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX**

DIE **BILDUNTERZEILEN** BITTE NICHT HIER BRINGEN, SONDERN JEWEILS DEN ABBILDUNGEN ZUORDNEN – DIE HINWEISE IN KLAMMERN DIENEN NUR DER BESSEREN ORIENTIERUNG UND MÜSSEN SCHLIEßLICH ENTFERNT WERDEN

Abb. 1 [BITTE HIER **OHNE DOPPELPUNKT** UND PORTRÄTAUFNAHME ALS JUNGER ZIVILIST **OHNE BILDUNTERZEILE** !!!!!!!!]

Abb. 2: Fabian von Schlabrendorff als Wehrmachtoffizier [ZUR PORTRÄTAUFNAHME IN UNIFORM]

Abb. 3: Oberst im Generalstab Henning von Tresckow (stehend, l.) und sein Ordonnanzoffizier Oberleutnant Fabian von Schlabrendorff (stehend, r.) während einer Lagebesprechung beim Stab der Heeresgruppe Mitte, 1942 [ZUM GRUPPENBILD]

Abb. 4: Zu seiner Zeit als Richter am Bundesverfassungsgericht [ZUR PORTÄTAUFNAHME IM VORGERÜCKTEN ALTER]

Abb. 5: Traueranzeige der Familie [ZUR TODESANZEIGE]

Abb. 6: Innentitel seines erstmals 1946 in Zürich erschienenen Widerstandsberichts [ZUM TITEL DES BUCHS „OFFIZIERE GEGEN HITLER“]

**Toni Sender**

**29. 11. 1888 – 26. 6. 1964**

**Büroangestellte und Journalistin, Gewerkschafterin, u. a. SPD-Stadtverordnete in Frankfurt, Reichstagsabgeordnete, Exilpolitikerin, als Direktorin von European Labor Research Arbeit für den US-Geheimdienst Office of Strategic Services, später Mitarbeiterin der amerikanischen Gewerkschaft American Federation of Labor, dann des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO**

Schon früh hatte sie vor den vom Faschismus ausgehenden Gefahren gewarnt und zu dessen Abwehr schließlich für die Ausrufung des politischen Generalstreiks plädiert. Nachdem sie sich zum wiederholten Mal antijüdischen Anfeindungen und sogar Morddrohungen ausgesetzt gesehen hatte, flüchtete sie am 5. März 1933, dem Tag der Reichstagswahl, in die Tschechoslowakei. Dort half sie, einen ersten, provisorischen Nachrichtendienst nach Sachsen zu organisieren. Auch in Antwerpen, wo sie seit dem Sommer 1933 für die sozialistische „Volksgazet“ schrieb und sich zugleich in der Gewerkschafts- und Frauenbildungsarbeit betätigte, beteiligte sie sich an der Herstellung antinazistischer Propagandaschriften sowie an deren Schmuggel ins Deutsche Reich. In den USA, wohin sie Ende 1935 emigrierte, leistete sie publizistisch und auch in zahllosen Vorträgen, Seminaren und Rundfunksendungen Aufklärungsarbeit über die Terrorherrschaft in ihrem Heimatland. Heftig widersprach sie dabei der Meinung, Hitler sei legal an die Macht gelangt bzw. die Mehrheit der Deutschen stünde hinter ihm. Besonders der antinazistische Widerstand wurde von ihr unablässig in den Blick gerückt. 1937 trat Sender der American Labor Party bei. Nach den Novemberpogromen des nächsten Jahres begann sie sofort damit, für die Übernahme von Bürgschaften zu werben, welche deutschen Juden die Einwanderung in die USA ermöglichten. Bald darauf engagierte sie sich in der dortigen Flüchtlingshilfe. In führenden Funktionen wirkte sie, die unstrittig zu den prominentesten deutschen Exilanten gehörte, zudem mit im German-American Congress for Democracy und in der Association of Free Germans, zwei ebenso antinazistisch wie antikommunistisch ausgerichteten Organisationen. Seit 1942 erstellte sie für die Amerikaner zahllose Studien, die für den Wiederaufbau in den meisten europäischen Staaten wichtig waren. Hierzu gehörte später auch ein „Who is who“ hierfür geeigneter Funktionäre aus der Arbeiterbewegung. 1943 wurde sie US-Staatsbürgerin. Seit dem Jahr darauf arbeitete sie als Wirtschaftsexpertin für Zentraleuropa bei der United Nations Relief and Rehabilitation Administration und von 1947 bis 1956 als Gewerkschaftsvertreterin bei der UNO.

[AU]

**BITTE UNBEDINGT BEACHTEN: DIE PORTRÄTAUFNAHME (ABB. 1, OHNE BILDUNTERZEILE) ALS EINZIGE ILLUSTRATION DER KURZBIOGRAPHIE SENDERS BRINGEN!**

***Zitate Toni Senders***

Die Demokratie hat auch ihren Wert an sich. Wir brauchen nur auf die Länder zu sehen, in denen die Demokratie beseitigt worden ist, auf das Schreckensregiment in Polen, auf den Terror der Schwarzhemden in Italien, um zu erkennen, dass der faschistische Ungeist nichts anderes bedeutet als neben der Vernichtung der Freiheit auch die Vernichtung aller Kulturwerte, die sich die Menschheit geschaffen hat, dass er bedeutet ein würdeloses Dasein für alle Menschen von Charakter, dass er bedeutet den Tod des freien geistigen Lebens, den Tod auch der freien Forschung. (…) Der Sinn der Erhaltung der Demokratie ist aber auch die Erhaltung der sozialen Errungenschaften. (aus dem Protokoll des Leipziger SPD-Parteitages, 1931)

Was war unser Verbrechen? Die Freiheit zu sehr geliebt zu haben. Aber wie hätte ich anders gekonnt? War nicht mein ganzes Leben ein Kampf um mehr Freiheit gewesen – um gesellschaftliche Bedingungen, unter denen jedes Individuum die Bedürfnisse empfinden und befriedigen kann, die uns erst zum Menschen machen? (aus ihrer Autobiographie, 1939)

Denn niemals kann durch das Wirken zersplitterter Gruppen ein regierender Faschismus überwunden werden. Hierzu ist unerlässlich – die ganze geschlossene, antifaschistische revolutionäre Front. Für den Sturz des deutschen Faschismus und damit auch für die Überwindung des faschistischen Gedankens in Europa arbeiten, bedeutet darum in erster Linie, alle Bemühungen einsetzen für die Sammlung und die Einigung. (aus: „Die Neue Weltbühne“, 22. November 1934)

Man ist in diesen Tagen der grässlichen deutschen Barbarei gegen die Juden ganz verstört. Schwer, den Willen zum Leben zu behaupten. (Tagebucheintrag, 13. November 1938)

Ein Kapitel meines Lebens war abgeschlossen. Nein, ich würde die deutsche Arbeiterklasse nicht vergessen; ich würde mich ihr und dem besseren, dem rechtschaffenen Deutschland verbunden fühlen. Sollte sich je eine Bewegung gegen den Klüngel erheben, der gegenwärtig das deutsche Volk entehrt, sollte eine revolutionäre Bewegung versuchen, den Nationalsozialismus abzuschütteln, und sollten meine Freunde drüben meine Dienste als nützlich für ihre Sache erachten, dann würde ich keinen Augenblick an meiner Pflicht zweifeln, hinzueilen und ihnen zu helfen. Dass ich je wieder den Wunsch haben werde, in diesem Land zu leben, bezweifle ich. Zu viele Menschen haben zugeschaut, als die Niedertracht herrschte. (aus ihrer Autobiographie, 1939)

Der Faschismus ist der schlimmste Feind der Menschheit. (aus einem Brief an Erich Ollenhauer, 1. März 1944)

**Toni Sender**

Die Tochter einer jüdischen Kaufmannsfamilie aus Biebrich am Rhein, die schon 1906 in Frankfurt am Main zur Gewerkschaftsbewegung, vier Jahre später zur Sozialdemokratie gefunden hatte, war während ihrer Zeit als Fremdsprachensekretärin in Paris von 1910 bis 1914 der dortigen sozialistischen Partei beigetreten. Im Ersten Weltkrieg hatte sie zu jenen gehört, welche von Frankfurt aus die Antikriegsbewegung in Südwestdeutschland angeführt haben. 1917 ist sie Mitgründerin der linksoppositionellen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) gewesen. In der Novemberrevolution des folgenden Jahres ist Sender als Generalsekretärin der Exekutive des Frankfurter Arbeiterrates hervorgetreten. Schon bald war sie von ihrer Partei mit der Redaktionsleitung ihrer neuen Tageszeitung für den Südwesten „Volksrecht“ betraut worden. Seit 1920 wirkte sie zudem als Redakteurin der vom Deutschen Metallarbeiter-Verband herausgegebenen „Betriebsräte-Zeitschrift“, für die sie bis 1933 über 400 Artikel schrieb.

Der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hat Toni Sender von 1919 bis 1924 angehört, ab 1920 und bis 1933 auch dem Deutschen Reichstag, und zwar erst für die USPD, seit 1922 dann für die SPD. Bis 1924 war sie Abgeordnete für den Wahlkreis 21 Hessen-Nassau, danach für den Wahlkreis 28 Dresden-Bautzen. In den Reichstagsausschüssen für Außenpolitik und für Wirtschaft arbeitete sie bis zum Schluss mit. Dem zentralen Parteiausschuss der SPD gehörte sie seit 1922 an, Mitglied ihrer Programmkommission war sie bis 1924, und überdies wirkte sie ab 1928 als einziges weibliches Mitglied in der Wehrkommission beim SPD-Parteivorstand mit. Obendrein noch ist ihr damals die Redaktion der SPD-Illustrierten „Frauenwelt“ übertragen worden, während sie im Informationsorgan für die Funktionärinnen ihrer Partei „Die Genossin“ ebenfalls eifrig publizierte. Darüber hinaus trat sie seinerzeit nicht nur in der Reichshauptstadt und in Sachsen, sondern in vielen deutschen Städten, verschiedentlich zudem in Belgien, Frankreich und den USA als leidenschaftliche Propagandistin einer freiheitlichen, friedlichen und sozialistischen Demokratie auf. Auch in Wiesbaden wurden mehrfach Großkundgebungen mit ihr durchgeführt.

Vor der faschistischen Gefahr hatte die couragierte Parteilinke schon früh gewarnt. Zu deren Abwehr setzte sie auf einen kämpferischen Kurs und plädierte schließlich sogar für die Ausrufung des politischen Generalstreiks. Gleichzeitig wies Sender, die in ihren Versammlungen nur allzu oft von Nazis und Kommunisten gemeinsam attackiert worden ist, die doppelzüngigen Einheitsfront-Appelle Letzterer entschieden zurück. Nachdem sie bereits seit Jahren antijüdischen Hetztiraden und offenen Morddrohungen seitens der demokratiefeindlichen Kräfte von rechts ausgesetzt gewesen war, sah sie sich durch neuerliche diesbezügliche Angriffe während des Reichstagswahlkampfes 1933 dazu veranlasst, am 5. März, noch am Wahltag, Hals über Kopf aus Deutschland zu fliehen.

Ihren Kampf gegen den Faschismus an der Macht setzte die vorerst völlig Mittellose erst von der Tschechoslowakei, seit dem Sommer 1933 dann von Belgien aus fort. In Antwerpen, wo sie als außenpolitische Leitartiklerin für die sozialistische „Volksgazet“ arbeitete, stand sie schon bald an der Spitze einer Gruppe ebenfalls hierher geflüchteter Sozialdemokraten, von denen viele dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold angehörten. Diese unterhielten einen illegalen Kurierdienst, um vor allem vom Prager Exilvorstand der SPD herausgegebene antinazistische Propagandaschriften per Bahn und Schiff ins deutsche Reichsgebiet einzuschmuggeln. Zur selben Zeit leistete Sender unentwegt Aufklärungsarbeit über den außerhalb Deutschlands weithin unbekannten Untergrundkampf der hiesigen Antifaschisten.

Nach zwei mehrmonatigen Vortragsreisen quer durch die USA, die wiederum der Aufklärung über das faschistische Deutschland und die dortige Widerstandsbewegung dienten, fasste die im Vorjahr vom „Dritten Reich“ Ausgebürgerte Ende 1935 den Entschluss, nicht mehr nach Belgien zurückzukehren. Anfangs lebte sie in Washington, bald darauf in New York. Zunächst arbeitete sie für eine Pariser und eine Brüsseler Zeitung als Auslandskorrespondentin, schrieb aber u. a. auch für die in New York erschienene deutschsprachige „Neue Volkszeitung“. Diese war ebenso antifaschistisch wie antikommunistisch ausgerichtet und ist dabei deutlich sozialdemokratisch positioniert gewesen. Nachdem sie Ende 1936 zu den Unterzeichnern des Pariser Volksfront-Aufrufs „Für Frieden, Freiheit und Brot!“ gehört hatte, informierte sie sich Mitte des nächsten Jahres während einer ausgedehnten Europareise u. a. über den Bürgerkrieg in Spanien sowie über die Volksfront-Regierung in Frankreich. Kaum in die USA zurückgekehrt, trat Sender der American Labor Party bei. Die Novemberpogrome in Deutschland veranlassten sie 1938 dazu, umgehend für die Übernahme von Bürgschaften zu werben, welche deutschen Juden die Einwanderung in die Vereinigten Staaten ermöglichten.

Auch ihrem 1939 veröffentlichten Rückblick „The Autobiography of a German Rebel“ hat sie selbstredend eine dezidiert antinazistische Stoßrichtung verliehen. Ihren Lebensunterhalt bestritt sie seinerzeit nicht nur als Journalistin, sondern daneben als überaus gefragte Vortragsrednerin zu allen möglichen brandaktuellen, auch frauenspezifischen Themen, insbesondere aber zur vom deutschen Faschismus akut ausgehenden Kriegsgefahr. Der wenige Tage vor Kriegsausbruch geschlossene Hitler-Stalin-Pakt sollte Toni Sender einmal mehr in ihrer antistalinistischen Grundhaltung bestärken und veranlasste sie zum Austritt aus dem in dieser Hinsicht unverkennbar kommunistisch beeinflussten Deutsch-Amerikanischen Kulturverband. Kurz zuvor war sie ein zweites Mal nach Europa gereist, um für ihr Buch zu werben, aber auch um Material zu sammeln für eine Monographie über den antifaschistischen Widerstand. Von diesem Vorhaben nahm sie allerdings wieder Abstand, als sie erkannt hatte, dass durch eine solche Publikation womöglich die konspirativen Strukturen der Widerständler in Gefahr gebracht werden könnten.

In den USA engagierte sie sich spätestens seit 1940 in der Flüchtlingsbetreuung, kooperierte eng mit einigen dortigen Gewerkschaften und versammelte außerdem einen Diskussionszirkel emigrierter früherer Funktionäre der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung um sich, die sogenannte Toni-Sender-Group. Des Weiteren betätigte sie sich für den German-American Congress for Democracy, als dessen Vizepräsidentin sie sogar fungierte, sowie als Vorstandsmitglied für die Association of Free Germans, die sich selbst als deutsche Exilvertretung begriff. Beide Organisationen waren stark antikommunistisch ausgerichtet. Mit Nachdruck warb sie seit jener Zeit für den gemeinsamen Kampf von Deutschen und Amerikanern gegen Faschismus und Diktatur. Dem 1942 gegründeten, geraume Zeit vom US-Geheimdienst Office of Strategic Services finanzierten European Labor Research stand sie als Direktorin vor. Mit ihrem kleinen Team erstellte sie dort bis zum Herbst 1943 zahlreiche Berichte zur Lage der Arbeiterschaft sowie zum Widerstand in Nazi-Deutschland und in den von diesem okkupierten Ländern Europas. In jenem Jahr erhielt sie auch die US-Staatsbürgerschaft. Ihr damals in New York an der New School for Social Research aufgenommenes Ökonomiestudium, mit dem sie an ihr einst in Berlin nach fünf Semestern abgebrochenes Volkswirtschaftsstudium anknüpfen wollte, musste die Vielbeschäftigte nach kurzer Zeit abermals aufgeben.

Von 1944 bis 1946 wirkte Sender als Wirtschaftssachverständige in der Zentraleuropaabteilung der United Nations Relief and Rehabilitation Administration und war nicht zuletzt beteiligt an der Organisierung von Unterstützungs- bzw. Rückführungsmaßnahmen für die zahllosen Displaced Persons in fast ganz Europa. Ihr Versuch, im Herbst 1946 von der US-Militärregierung in Deutschland beschäftigt zu werden, scheiterte. Dafür konnte sie sich nun als Assistentin der Repräsentanten der American Federation of Labor beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, ab 1950 dies dann für den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, auf den das AFL-Mandat übergegangen war, auch für die deutsche Bevölkerung verwenden. Das bis zu ihrem Ausscheiden Ende 1956 für sie fraglos bestimmende Thema war die Bekämpfung von Sklaverei und Zwangsarbeit, und zwar vor allem in der von ihr als „roter Faschismus“ klassifizierten Sowjetunion und in deren Satellitenstaaten, was dementsprechend für heftigste Konflikte mit dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund sorgte.

In Deutschland, das sie nach dem Krieg mehrmals besuchen konnte, genoss sie auch aufgrund ihrer großen Hilfsbereitschaft bei vielen ihrer alten Genossen weiterhin größte Wertschätzung. Dennoch verblasste die Erinnerung an sie hier zunehmend. Der einstmalige Reichstagspräsident Paul Löbe und Martin Hörner etwa, der Vorsitzende des Biebricher SPD-Ortsvereins, gehörten hingegen zu jenen, welche die Verbindung mit der an Parkinson Erkrankten und schließlich an einem Schlaganfall verstorbenen früheren bekennenden Dissidentin bis zuletzt aufrechterhalten haben.

Durch ihre 1981 erstmals auf Deutsch erschienene Autobiographie wurde hierzulande das Interesse an dem beeindruckenden Lebensweg der leidenschaftlichen Demokratin und Freiheitsfreundin entfacht und führte zu etlichen bemerkenswerten biographischen Würdigungen. Anlässlich ihres 100. Geburtstages realisierte Margot Brunner, die erste Wiesbadener Frauenbeauftragte, eine Ausstellung, die weit über deren Präsentationsort Wiesbaden-Biebrich hinaus auf großes Interesse gestoßen ist.

Hier erinnern ein 1988 nach ihr benanntes Seniorenzentrum und eine gleichnamige, dort ebenfalls untergebrachte Städtische Kindertagestätte an die gewiss bedeutendste Politikerin, die vordem in Hessen beheimatet gewesen ist. Zu ihrem 50. Todestag wurde an ihrem Geburtshaus in der Stettiner Straße 6 eine Gedenktafel angebracht. Und auch die in Wiesbaden wirkende Sozialistische Bildungsgemeinschaft Hessen, die Toni-Sender-Akademie, bewahrt durch ihre Namensgebung das Andenken an jene tapfere Kämpferin gegen die NS-Diktatur und den Stalinismus sowie für die Durchsetzung und Bewahrung demokratischer Grundprinzipien überall in der Welt.

Dr. Axel Ulrich

**Literatur**

Toni Sender: Autobiographie einer deutschen Rebellin. Hrsg. u. eingel. von Gisela Brinker-Gabler. Frankfurt/M. 1981.

Susanne Miller: Toni Sender (1888 – 1964). Vielseitige Erfahrungen und praktischer Idealismus, in: Peter Lösche, Michael Scholing, Franz Walter (Hrsg.): Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten. Berlin 1988, S. 315–331.

Jürgen Steen, Gabriele Weiden: Tony Sender 1888 – 1964. Rebellin, Demokratin, Weltbürgerin. Ausstellungskatalog. Frankfurt/M. 1992 (Kleine Schriften des Historischen Museums, Bd. 50).

Anette Hild-Berg: Toni Sender (1888 – 1964). Ein Leben im Namen der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit. Köln 1994.

Anette Hild-Berg: Toni Sender – aus Amerika ein „Blick nach Deutschland“, in: Helga Grebing, Christl Wickert (Hrsg.): Das „andere Deutschland“ im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Beiträge zur politischen Überwindung der nationalsozialistischen Diktatur im Exil und im Dritten Reich. Essen 1994, S. 117–145.

Anette Hild-Berg: Toni Sender – eine hessische Sozialistin kämpft für die Freiheit, in: Renate Knigge-Tesche, Axel Ulrich (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933–1945. Frankfurt/M. 1996, S. 335–345.

Stephanie Zibell: Die Unbedingte – Toni Sender, in: dies.: Hessinnen. 50 Lebenswege. Wiesbaden 2019, S. 226–234.

**Herkunft der Bildquellen**

Abb. 1: (Fotograf: A. Binder, Berlin) – Historisches Museum Frankfurt

Abb. 2: Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt/M.

Abb. 3: Bembenek, Ulrich: Widerstand und Verfolgung in Wiesbaden, S. 157

Abb. 4: Historisches Museum Frankfurt

Abb. 5: Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M.

Abb. 6: Stadtarchiv Wiesbaden, NL 75, Nr. 1521

Abb. 7: Stadtarchiv Wiesbaden, NL 75, Nr. 239

Abb. 8: Dr. Axel Ulrich, Wiesbaden

**XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX**

DIE **BILDUNTERZEILEN** BITTE HIER NICHT BRINGEN, SONDERN JEWEILS DEN ABBILDUNGEN ZUORDNEN – DIE HINWEISE IN KLAMMERN DIENEN NUR DER BESSEREN ORIENTIERUNG UND MÜSSEN SCHLIEßLICH ENTFERNT WERDEN

Abb. 1 [BITTE HIER **OHNE DOPPELPUNKT** UND PORTRÄTAUFNAHME **OHNE BILDUNTERZEILE!!!!!!!!!!]**

Abb. 2: Bei einer SPD-Veranstaltung in Frankfurt/M., 1928 [ZUR AUFNAHME AM REDNERPULT]

Abb. 3: Ankündigung einer von Konrad Arndt geleiteten Veranstaltung zur bevorstehenden Reichstagswahl in der Aula der heutigen Elly-Heuss-Schule, „Volksstimme“, 25. Oktober 1932 [ZU TONI SENDER FRAUEN-KUNDGEBUNG]

Abb. 4: In New York, 1939 [ZUR AUFNAHME MIT HUT]

Abb. 5: Deutsche Erstausgabe, 1981 [ZUM COVER DER AUTOBIOGRAPHIE]

Abb. 6: Dankschreiben an Oberbürgermeister Georg Buch anlässlich seiner Gratulation zu ihrem 75. Geburtstag [ZUM BRIEF]

Abb. 7: Begleitbroschüre zur Biebricher Ausstellung aus Anlass ihres 100. Geburtstages [COVER BROSCHÜRE 100 JAHRE TONY SENDER]

Abb. 8: Zu Senders 50. Todestag an ihrem Biebricher Geburtshaus in der Stettiner Straße angebrachte Gedenktafel [ZUR GEDENKTAFEL]